

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion Ueli Stückelberger (GFL)/Raymond Anliker (SP)/Annemarie Sancar-Flückiger (GB) vom 11. März 2004: Fair Trade-Produkte: Engagement der Stadt Bern ausbauen (04.000257)

In der Stadtratssitzung vom 12. Mai 2005 wurde mit SRB 183 folgendes Postulat erheblich erklärt:

Im Vorfeld der 5. WTO Ministerkonferenz in Cancun fand am 1. September 2003 auf dem Waisenhausplatz die „Fair Trade Fair“ (ein grosser Markt und ein internationales Symposium) statt. Sie stand unter dem Patronat des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, Claro, Coop, Max Havelaar und Migros und war ein Teil von weltweiten Aktionen, die verschiedene Seiten des Welthandels thematisieren wollten. Dieser Anlass war ein voller Erfolg. Der Gemeinderat hat Bern offiziell für einen Tag zur „Fair Trade City“ erklärt. So hat die Stadt Bern die Fair Trade Fair vom 1. September 2003 in lobenswerter Art und Weise unterstützt. In Deutschland und Grossbritannien gibt es bereits Städte, welche das Label „Fair Trade City“ auch als längerfristiges Instrument des Stadtmarketings einsetzen.

Der faire Handel will Rücksicht auf Mensch und Natur nehmen. Kleinbäuerinnen und -bauern und andere Produzentinnen und Produzenten sollen in Würde von ihrer Arbeit leben können, nicht dank Almosen, sondern auf der Basis ihrer eigenen Leistung. Wie die „Fair Trade Fair“ zeigte, sind viele Nahrungsmittel, aber auch Holz, Teppiche etc. aus dem fairen Handel erhältlich. Im internationalen Vergleich hat die Schweiz die Nase vorn. In keinem anderen Land der Welt ist heute der Marktanteil fair gehandelter Produkte höher. Trotzdem bleibt noch viel zu tun. Die „Fair Trade Fair“ darf kein einmaliges Ereignis bleiben. Zwar kann die Stadt Bern den weltweiten Handel nicht umkrempeln. Umso mehr sind die Unterzeichnenden der Meinung, dass die Stadt Bern dort ihren Handlungsspielraum voll zu Gunsten von Fair-Trade-Produkten nutzen soll, wo sie über einen solchen verfügt.

Aus diesen Gründen bitten die Unterzeichnenden den Gemeinderat, folgende Massnahmen zu prüfen:

1. In der Stadtverwaltung (inkl. Kantinen, Sportbetriebe, Tierpark etc.) sollen möglichst Fair-Trade-Produkte verwendet werden. Der Gemeinderat soll eine entsprechende Weisung ausarbeiten. Zudem sind die städtischen Mitarbeitenden über Fair-Trade-Produkte zu informieren bzw. zu sensibilisieren.
2. Der Gemeinderat soll in den öffentlichen Betrieben/Anstalten der Stadt Bern (Stadtbauten, ewb, BernMobil etc.) seinen Einfluss dahingehend geltend machen, dass diese wo möglich und sinnvoll Fair-Trade-Produkte verwenden bzw. fördern.
3. Der Gemeinderat soll die Berner Bevölkerung auf Fair-Trade-Produkte sensibilisieren, in diesem Sinne sich auch für eine erneute Durchführung einer „Fair Trade Fair“ in Bern engagieren und längerfristig die Kreation eines „Fair Trade City“-Labels anstreben.
4. Um ein kontinuierliches Verfolgen der Anstrengungen zu gewährleisten, wäre es sinnvoll, die Fair Trade Verantwortung innerhalb der Stadtverwaltung klar zu regeln.

Bern, 11. März 2004

Postulat Ueli Stückelberger (GFL), Raymond Anliker (SP), Annemarie Sancar-Flückiger (GB), Barbara Streit-Stettler, Conradin Conzetti, Anna Coninx, Verena Furrer-Lehmann, Sylvia Spring Hunziker, Barbara Mühlheim, Margareta Klein-Meyer, Sabine Schärker, Walter Christen, Andreas Krummen, Corinne Mathieu, Miriam Schwarz, Stefan Jordi, Rolf Schuler, Markus Lüthi, Béatrice Stucki, Rosmarie Okle Zimmermann, Peter Blaser, Beat Zobrist, Michael Aebbersold, Christof Berger, Andreas Flückiger, Oskar Balsiger, Andreas Zysset, Michael Jordi,

Catherine Weber, Martina Dvoracek, Doris Schneider, Daniele Jenni, Natalie Imboden, Erik Mozsa, Christian Michel, Peter Künzler, Margrit Stucki-Mäder

Bericht des Gemeinderats

Ausgangslage

Der Gemeinderat unterstützt die Fair-Trade-Bestrebungen. Mit Fair-Trade wird der partnerschaftliche Handel mit den Ländern der südlichen Hemisphäre gefördert. Auch die Stadt Bern kann hier ihren Beitrag dazu liefern, dass der faire Handel weiter gefördert wird. Das Postulat Stückelberger zielt denn auch in diese Richtung. Deshalb haben der Gemeinderat (11. August 2004) und der Stadtrat (12. Mai 2005) dieses Postulat als erheblich erklärt. Aufgrund der Verwaltungsreform 2004 und der finanziellen Situation der Stadt haben sich die Bestrebungen in diese Richtung jedoch verzögert. Die Lokale Agenda 21 ist in der Stadt Bern das Instrument für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung, zu welcher auch der soziale Aspekt und in diesem Falle der faire Handel gehört. Der Themenschwerpunkt der lokalen Agenda ist seit einem Jahr die Klimapolitik, resp. die Reduktion der CO₂-Emissionen. Unter gleichwertiger Berücksichtigung der drei Standbeine der Nachhaltigkeit (wirtschaftliche Entwicklung, soziale Entwicklung und ökologische Entwicklung) werden zusammen mit Bevölkerung und Wirtschaft Lösungsansätze umgesetzt, welche die CO₂-Emissionen in der Stadt Bern reduzieren sollen. Die neue Sektion Umwelt und Energie im Amt für Umweltschutz und Lebensmittelkontrolle, welcher die Lokale Agenda 21 angehört, ist auch verantwortlich für das Umweltmanagementsystem der Stadt Bern. Durch die Neuorganisation können die Synergien der einzelnen Instrumente effizient genutzt werden. So kann auch das Umweltmanagement Einfluss auf die Beschaffung nehmen.

Zu Punkt 1:

Der Gemeinderat teilt die Stossrichtung des Postulats, dass auch in der Stadtverwaltung möglichst Fair-Trade-Produkte verwendet werden sollten. Eine entsprechende Weisung wurde jedoch aus verschiedenen Gründen nicht ausgearbeitet. So ist beim Kaffeeverbrauch der Einfluss des Gemeinderats auf die Stadtverwaltung klein, da in den meisten Abteilungen der Kaffee von den Mitarbeitenden selbst eingekauft und bezahlt wird. Das neu organisierte Umweltmanagement wird aber auch in Zukunft seine Umweltbeauftragten noch vermehrt darauf sensibilisieren, so dass der Anteil der Fair Trade-Produkte weiterhin zunimmt. So wird zum Beispiel im neu geschaffenen Umwelt-Newsletter der Stadt Bern auf die Fair-Trade-Produkte aufmerksam gemacht. Zudem wird das Umweltmanagement in diesem Jahr eine Analyse über die angebotenen Produkte in Kantinen, Sportbetrieben und im Tierpark vornehmen. Diese Analyse ist dann die Grundlage für die Definition für mögliche Massnahmen in Bezug auf die Verwendung von Fair Trade-Produkten (kombiniert mit einem ökologischen Label).

Zu Punkt 2:

Der Einfluss des Gemeinderats auf die genannten Betriebe ist in diesem Bereich unbedeutend. Es ist aber vorgesehen, den Umwelt-Newsletter der Stadt Bern, welcher auch das Thema Fair-Trade und Umwelt thematisieren wird, an die genannten Betriebe zu verschicken.

Zu Punkt 3:

In Anbetracht der angespannten finanziellen Lage hat der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 25. Mai 2005 mit GRB 0669 einen finanziellen Beitrag für die „Fair Trade Fair“ 2005 abgelehnt. Der Gemeinderat bekräftigt jedoch, dass ihm dieses Anliegen wichtig ist. Für die Fair Trade Fair 2005 wurden wie im Jahr 2003 keine Gebühren für die polizeilichen Massnahmen

und die Signalisation erhoben, weil die Stadt die Fair Trade Fair als politischen Anlass einstuft.

Die finanzielle Situation der Stadt Bern ist immer noch angespannt. Eine Kreation und die Verwendung/Kommunikation eines „Fair Trade City“-Labels ist mit hohen zusätzlichen Kosten verbunden, deren Finanzierung sicherzustellen in naher Zukunft schwierig sein dürfte. Deshalb ist heute die Kreation eines solchen Labels nicht geplant.

Zu Punkt 4:

Der Gemeinderat unterstützt dieses Anliegen. Die Lokale Agenda 21 ist für die nachhaltige Entwicklung verantwortlich. Da die finanzielle Lage der Stadt Bern weiterhin angespannt ist, begrüsst der Gemeinderat, dass sich die Lokale Agenda 21 auch thematisch fokussiert. Heute ist der Themenschwerpunkt der Lokalen Agenda die CO₂-Reduktion. Im Rahmen der finanziellen und personellen Möglichkeiten können aber, vor allem für die zusätzliche Verwendung von Fair Trade-Produkten innerhalb der Stadtverwaltung, Synergien mit dem Umweltmanagement genutzt werden. Eine vermehrte Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung der Stadt Bern wird angestrebt.

Bern, 22. Mai 2007

Der Gemeinderat